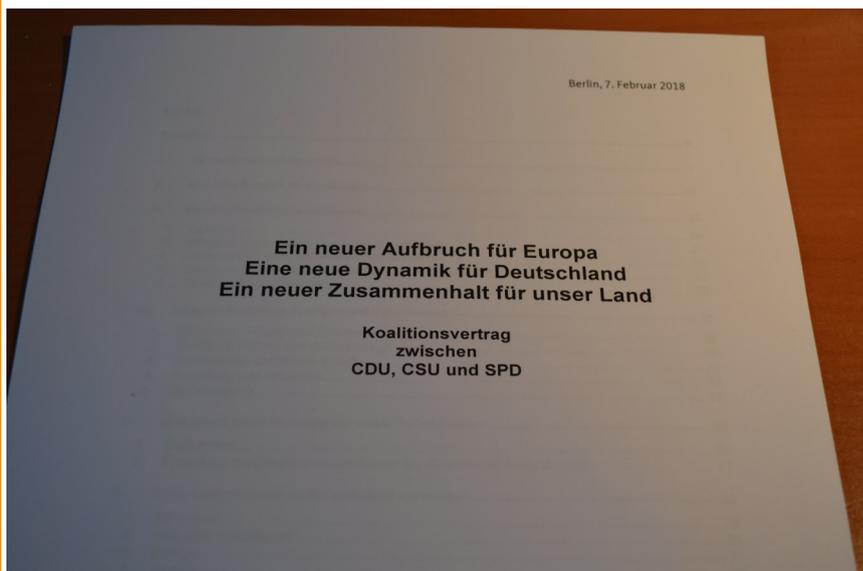


Mechthild Heil MdB

Berlin-Info Nr. 4 | 7. Februar 2018

CDU



Mechthild Heil MdB | Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Email: mechthild.heil@bundestag.de
Telefon (030) 227 77040
Telefax (030) 227 76423



Web: www.mechthild-heil.de

Twitter: [@MechthildHeil](https://twitter.com/MechthildHeil)

Facebook: www.facebook.com/MechthildHeil

Instagram: www.instagram.com/mechthild_heil

Liebe Leserinnen und Leser,

nach langen und zähen Verhandlungen bis in die Morgenstunden haben sich die Vertreter von CDU, CSU und SPD am gestrigen Mittwoch in den letzten strittigen Punkten geeinigt und im Anschluss den Koalitionsvertrag vorgelegt.

Wie schon in den Sondierungsverhandlungen hat die Union sich in vielen wichtigen Punkten gegen die SPD durchgesetzt und somit die Weichen gestellt für weitere Jahre in Wachstum, Wohlstand und Stabilität. Ich bin froh durch meine Arbeit in der Arbeitsgruppe Innen, Recht und Verbraucherschutz zu diesem Erfolg beigetragen zu haben.

Nun liegt es an den SPD-Mitgliedern bei der Befragung in den nächsten Wochen für den Koalitionsvertrag zu stimmen.

Ich wünsche Ihnen einen tollen Karneval!

Ihre

M. Heil

Der Koalitionsvertrag steht!

Die Union hat Wort gehalten: Grundlage für den heute vereinbarten Entwurf eines Koalitionsvertrags ist das Sondierungsergebnis vom 12. Januar. Dem Ansinnen einiger in der SPD, mit dem Koalitionsvertrag nachträglich noch eine Vielzahl von grundsätzlichen Änderungen herbeizuführen, haben wir nicht nachgegeben. Wir haben mit der heutigen Vereinbarung weiter ausformuliert, was bereits bei den Sondierungsgesprächen unser Ziel war: den Menschen in Deutschland ein Mehr an Sicherheit zu geben.



Das gilt für die soziale Sicherheit genauso, wie für die Sicherheit auf der Straße und in unseren Wohnungen und Häusern. Gleichzeitig wollen wir unser Land für die Zukunft fit machen. Das betrifft besonders die Bereiche Bildung, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur. Hier müssen wir nicht nur mehr Geld in die Hand nehmen, sondern vor allem auch Planungsprozesse beschleunigen, damit wir mit der technischen und gesellschaftlichen Entwicklung Schritt halten können.

Wir haben viele Verbesserungen vereinbart für Familien mit Kindern, für kleine und mittlere Rentner, in der Pflege, für die Steuerzahler und für mehr bezahlbaren Wohnraum. Wir schaffen 15.000 neue Stellen bei der Polizei, weitere Stellen in der Justiz und wir sorgen dafür, dass das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz eine stärkere Position in der Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität erhalten. Bei alledem haben wir aber auch den finanziellen Rahmen im Auge behalten und unfinanzierbaren Wünschen eine Absage erteilt. Diese Investitionsoffensive ist jetzt auch deshalb möglich, weil Deutschland und die Bundesregierung in den letzten Jahren solide gewirtschaftet haben und wir uns in einer guten Ausgangssituation befinden. Wir müssen die nächsten Jahre nutzen, um dafür zu sorgen, dass das auch in Zukunft so bleibt. Dafür bietet dieser Koalitionsvertrag eine gute Basis.

Natürlich mussten wir, wie bei jedem Koalitionsvertrag, auch schmerzliche Kompromisse eingehen. Nach meinem Eindruck gab es diesmal jedoch weniger einschneidende Zugeständnisse an die SPD als vor vier Jahren. Und das trotz der mehr als schwierigen politischen Ausgangssituation. Vielleicht kommt auch daher die größte Kritik aus unseren Reihen in den ersten Stunden nicht an inhaltlichen Punkten des Koalitionsvertrages, sondern an der Verteilung der Ministerien auf die drei Koalitionspartner. Einerseits stimme ich zu, dass der Verlust der wichtigen Ministerien für Finanzen und Inneres für die CDU schwierig ist. An der Ministeriumsverteilung sollten und wollten wir eine stabile Regierung nicht scheitern lassen.

Andererseits möchte ich auch darauf hinweisen, dass die CDU nun erstmals seit 1966 wieder das Wirtschaftsministerium anführen kann und mit dem Landwirtschaftsministerium ein Haus erhält, das für uns wichtig ist, aber in 69 Jahren Bundesrepublik bisher nur knapp 18 Jahre lang von der CDU geführt wurde. Sehr zufrieden bin ich auch über die Vereinbarungen in dem Bereich, den ich selber mit verhandelt habe: der Innen-, Rechts- und Verbraucherschutzpolitik. Insbesondere im meinem Spezialgebiet Verbraucherschutz konnten wir eine Reihe von Vereinbarungen treffen, die den Menschen im Alltag ganz konkret helfen werden. So wollen wir z.B. gegen Tachomanipulationen bei Gebrauchtfahrzeugen vorgehen, die Häufigkeit von Strom-, Wasser- und Gassperren reduzieren, Vorfälligkeitsentschädigungen bei Immobilienkrediten genauer unter die Lupe nehmen, die Auswirkungen von computerbasierten Entscheidungen auf Kreditnehmer und Jobbewerber besser überprüfbar machen und Buchungs- und Vergleichsplattformen, insbesondere im Internet, dazu verpflichten, den Nutzern ihre Kriterien für Empfehlungen transparenter zu machen. Mit der Einführung einer sog. Musterfeststellungsklage werden wir dafür sorgen, dass es einfacher möglich wird, dass eine Vielzahl von Geschädigten ihre Forderungen gegen große Unternehmen effizient durchsetzen können.



Insgesamt sehe ich im Entwurf des Koalitionsvertrages daher viel Licht und ein wenig Schatten. Der größte drohende Schatten liegt aber mit dem Mitgliederentscheid der SPD über dem Vertragsentwurf. Ganz abgesehen von der Kritik an dem Verfahren, die in den letzten Tagen von angesehenen Rechts- und Politikwissenschaftlern geäußert wurde, hoffe ich sehr, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder versteht, dass ein „Nein“ zum Vertragsentwurf nur Schaden anrichten kann. Und zwar Schaden an Deutschland, das endlich wieder eine handlungsfähige Regierung braucht, aber auch Schaden an der SPD, die ihre Abwärtsbewegung mit einer Ablehnung sicherlich beschleunigen würde. Nach aktuellen Informationen planen die Sozialdemokraten eine Stimmauszählung für das Wochenende 3./4. März - dann sind wir schlauer. Bis dahin möchte ich Ihnen und Euch die Lektüre des beiliegenden, nicht ganz kurzen, Entwurfs des Koalitionsvertrages empfehlen.

Insgesamt sehe ich im Entwurf des Koalitionsvertrages daher viel Licht und ein wenig Schatten. Der größte drohende Schatten liegt aber mit dem Mitgliederentscheid der SPD über dem Vertragsentwurf. Ganz abgesehen von der Kritik an dem Verfahren, die in den letzten Tagen von angesehenen Rechts- und Politikwissenschaftlern geäußert wurde, hoffe ich sehr, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder versteht, dass ein „Nein“ zum Vertragsentwurf nur Schaden anrichten kann. Und zwar Schaden an Deutschland, das endlich wieder eine handlungsfähige Regierung braucht, aber auch Schaden an der SPD, die ihre Abwärtsbewegung mit einer Ablehnung sicherlich beschleunigen würde. Nach aktuellen Informationen planen die Sozialdemokraten eine Stimmauszählung für das Wochenende 3./4. März - dann sind wir schlauer. Bis dahin möchte ich Ihnen und Euch die Lektüre des beiliegenden, nicht ganz kurzen, Entwurfs des Koalitionsvertrages empfehlen.